

7 Fazit und Ausblick

Die vorliegende Forschungsarbeit bestätigt, dass auch an Universitäten Antisemitismus herrscht. Die bereits vorher bestehenden Anzeichen und Hinweise durch verschiedene Vorfälle und Berichte über Antisemitismus an Universitäten (vgl. Kap. 3) werden durch diese Forschungsarbeit bewiesen und konkretisiert. Auch die eingangs erwähnte mahnende Kritik des „Unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus“ des Deutschen Bundestages, dass Deutschland sich einen ‚blinden Fleck‘ in Bezug auf die Ausbreitung von Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft leiste, muss ernst genommen werden. Die Arbeit hat die in der Aussage enthaltene Forderung nach vertiefter Forschung aufgegriffen und unterstreicht, dass es sich bei Universitäten und der Gruppe der Studierenden um ein Forschungsfeld handelt, welches wesentlich mehr Beachtung bedarf. Ein höherer Bildungsgrad macht mitnichten immun gegenüber Antisemitismus und täuscht darüber hinweg, dass dieser an Universitäten virulent ist. Insofern ist an dieser Stelle zu bestätigen, was in der Antisemitismusforschung lange betont, aber in der Forschung bislang unzureichend berücksichtigt wurde: Antisemitismus ist ein gesamtgesellschaftliches Phänomen, das über alle sozialen und gesellschaftlichen Grenzen hinweg tradiert wird (vgl. Bernstein 2018: 3, Schwarz-Friesel 2015: 7). Je nach Untersuchungsgegenstand und -gruppe müssen in Forschungen jedoch bestimmte Ausprägungsformen von Antisemitismus und bestimmte Spezifika (bspw. determinierende Effekte durch soziale Erwünschtheit) berücksichtigt werden.

Gerade in Deutschland sollten – und das nicht zuletzt aufgrund der Rolle der Universitäten während des Nationalsozialismus – es die Hochschulen sein, die Antisemitismus in jeglicher Ausprägungsform entgegentreten. Der erste Schritt, um dies zu gewährleisten, ist die Analyse und Erforschung der eigenen Institution. Auch wenn dies unangenehm und herausfordernd sein kann, sollte der Blick in die Geschichte und auf den aktuellen Zustand der ‚eigenen Institution‘ ein herausgehobener Anspruch deutscher Bildungsinstitutionen sein. Dass dieser Anspruch seitens der deutschen Universitäten durchaus besteht, zeigt das Eckpunktepapier zu Rolle und Herausforderungen des Hochschulsystems der Hochschulrektorenkonferenz (vgl. HRK 2018). Im fünften aufgeführten Handlungsfeld „Bildungsauftrag und Stärkung des Dialogs“ wird konstatiert, sich „gezielt und nachhaltig gegen

Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung“ (HRK 2018) zu engagieren, und auf die Aktion „Weltoffene Hochschulen“ verwiesen. Dass dieser Anspruch längst nicht überall und vor allem nicht umfassend verwirklicht wird, zeigen allein die Vorfälle der letzten Jahre. Beim Appell zur „Weltoffenheit“ wird allzu oft – und gerade in gebildeten Milieus – Antisemitismus ausgeklammert oder sogar als Deckmantel genutzt, um antisemitische Narrative zu verbalisieren (vgl. Kap. 3.6).

Bei den Ergebnissen der Forschungsarbeit ist besonders auf deutlich werdende generationsspezifische Aspekte hinzuweisen. Die fokussierte Gruppe der Studierenden besteht aus Menschen der dritten und vierten Generation nach dem Holocaust, in welchen der Kontakt zu Zeitzeugen immer geringer wird. Außerdem rücken Holocaust, NS-Zeit und Zweiter Weltkrieg sowie deren Implikationen für die heutige Gesellschaft stetig in den Hintergrund und in Familien fehlen zunehmend die Bezugspunkte zu diesen Themen. In der Forschung werden an verschiedener Stelle eine damit einhergehende Distanzierung und ein verändertes Verantwortungsbewusstsein beschrieben (vgl. bspw. Reinharz/Schwarz-Friesel 2013: 280ff., Bernstein 2018: 202 ff.), welche sich sehr deutlich auch am vorliegenden Textkorpus nachzeichnen lassen. Es ist bekannt, dass insbesondere der Kontakt zu Zeitzeugen für die Vermittlung des Holocaust und die Sensibilisierung gegen Antisemitismus zentral ist und dass das Versterben der Zeitzeugen eine besonders große Herausforderung für die Zukunft bedeutet. Die vorliegende Forschungsarbeit deutet bereits jetzt die möglichen Konsequenzen an – und das in einer der vermeintlich gebildetsten Gruppen der jüngeren Generation, von der ein verstärkter Sinn für Verantwortungsbewusstsein zu erwarten wäre. Im Sinne der eingangs zitierten verbildlichten Darstellung des „Kanarienvogels in der Kohlemine“ (Deech 2017 zit. nach Weale 2017) sollten die vorliegenden Befunde als klares Alarmsignal verstanden werden: Es bedarf dringend Methoden und Konzepte, die dem schwindenden Verantwortungsbewusstsein und der zunehmenden Gleichgültigkeit entgegenwirken können. Gerade Deutschland sollte – vor dem Hintergrund des eigenen oft und offensiv formulierten Anspruchs, der historischen Verantwortung gerecht zu werden – hierbei eine Vorreiterrolle einnehmen. Die vorliegende Forschungsarbeit erfasst und analysiert auch Ausprägungsformen von schwindendem Verantwortungsbewusstsein und bietet eine Grundlage, an die angeknüpft werden kann. Es lassen sich erste Hinweise auf erfolgsversprechende und gut umzusetzende Maßnahmen ableiten, die mit relativ geringem Aufwand einer breiten Masse zugänglich gemacht werden können. So wird eindeutig der positive Effekt von Erleb-

nissen, Aktionen und Bildungsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg, Israel und dem Judentum demonstriert. Als Beispiele können Gedenkstätten- oder Synagogenbesuche, Gespräche mit Engagierten oder die Organisation von Israelreisen angeführt werden (vgl. Kap. 5.1.4, 5.2.7 und 5.3.2).

Für künftige Forschungsvorhaben legen die Ergebnisse der Forschungsarbeit generell weiterführende Untersuchungen in verschiedenen Bereichen nahe. So wäre bspw. die Spezifizierung des Forschungsgegenstandes interessant, um die Ergebnisse dieser Arbeit zu konkretisieren und zu bestätigen, denn hier wurde das ‚weite Feld‘ der Studierenden an Universitäten in Deutschland betrachtet. Die Arbeit ist als erster Feldzugang zu verstehen, in dem Ergebnisse aus bereits vorhandener Forschung erstmals ‚abgeklopft‘ wurden. An verschiedenen Stellen der Forschungsarbeit wurde sehr deutlich, dass eine Zuspitzung, bspw. in der Analyse Studierender nach Herkunft (Region, Migrationshintergrund), Fachbereich (Geistes- oder Naturwissenschaften) und weiterer demographischer Angaben (Alter, Geschlecht, Wahlverhalten), aufschlussreiche Ergebnisse liefern könnte. Es wäre auch sinnvoll, künftig spezifische Ausprägungsformen von Antisemitismus (z. B. den Israelbezogenen Antisemitismus) zu untersuchen und für die Gruppe von Studierenden charakteristische Spezifika zu konkretisieren. Die angewendete Methode der Interviewführung hat sich als derart ertragreich erwiesen, dass auch hier eine Weiterführung, bspw. im Rahmen von Gruppeninterviews oder Fokusgruppengesprächen, äußerst gewinnbringend erscheint. Dabei könnte auch die in der Forschungsarbeit entwickelte Methodik inklusive der fingierten ‚Zufallsauswahl‘ in einem Fokusgruppengespräch mit Studierenden durchgeführt werden. Die vorliegende Forschungsarbeit hat gleichzeitig verdeutlicht, dass es möglich ist, Problembereiche frühzeitig zu erkennen und akkurate Vorhersagen zu treffen. In der Theorie könnten Präventions- und Gegenmaßnahmen also durchaus getroffen werden. So konnte in dieser Untersuchung bspw. Antisemitismus an Universitäten in seinen Ausprägungsformen klar umrissen werden. Auch wurde deutlich (vgl. Kap. 3), dass nicht zwangsweise aufwendige und umfangreiche Forschungsvorhaben notwendig sind, sondern viele Informationen zugänglich und Problembereiche auch in der Forschung mitunter bereits bekannt sind.

Es sollen zum Abschluss ebenfalls die positiven Erkenntnisse aus der vorhandenen Analyse betont werden. So konnte bei manchen Studierenden eine große Reflektiertheit, Sensibilität und (historisches) Verantwortungsbewusstsein beobachtet werden. Interviewteilnehmer treten in einzel-

nen Fällen Ausprägungen einer Schlusstrichmentalität klar entgegen (vgl. Kap. 5.2.8) oder engagieren sich selbst in verschiedenen Bereichen der Erinnerungskultur. Unter den Studierenden ist damit eine Polarisierung oder gar Spaltung festzustellen. Wie es zu diesen unterschiedlichen Haltungen kommt, lässt sich anhand der Korpusdaten allerdings kaum beantworten. Ein Indiz für einen reflektierten und verantwortungsbewussten Umgang mit Erinnerungskultur scheint jedoch die frühe schulische Beschäftigung mit solchen Themen zu sein.

Hervorzuheben ist auch die Verwendung von Floskeln und Phrasen sowie die an verschiedenen Stellen zutage tretende soziale Erwünschtheit. Dies zeigt, dass die erfolgte Schul- und Allgemeinbildung eine Wirkung auf einige Befragte gehabt hat und bei diesen wie ein ‚Sicherungssystem‘ funktioniert. Es herrscht ein je nach Interviewteilnehmer mehr oder weniger stark ausgeprägtes Bewusstsein dafür, dass bestimmte Aussagen geächtet werden und ‚nicht in Ordnung sind‘, sodass sie nicht offen, sondern nur unter Vorbehalt oder mit Einschränkungen kommuniziert werden. Zu betonen ist auch, dass im Kontext der im Korpus oftmals deutlich werden- den Unwissenheit und Uninformiertheit der Befragten häufig Bedauern darüber sowie der Wunsch verbalisiert werden, mehr über die jeweiligen Themen zu erfahren. Es sollten also etablierte, bewährte und innovative Bildungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen (siehe bspw. Schwarz-Friesel 2022b: 201 ff. oder Beiträge in Bernstein/Grimm/Müller 2022 wie auch in Grimm/Müller 2020) ausgebaut bzw. explizit an höheren Bildungsinstitutionen angeboten werden. Forschungs- wie auch Bildungsvorhaben sollten dabei nicht auf bestimmte Gruppen wie bspw. Lehramtsstudierende beschränkt bleiben, sondern auch weitere Gruppen und Fachrichtungen umfassen. Ebenfalls sollten Hochschuldozenten bezüglich Ausprägungsformen von Antisemitismus sensibilisiert und geschult sein. Die Institution der Universität sollte dabei im positiven Sinne als ‚zweite Chance‘ verstanden werden, wo etwaige Versäumnisse aus der Schulzeit aufgearbeitet bzw. vertiefte Kenntnisse erworben werden können, um so langfristig verantwortungsbewusste und gegenüber Antisemitismus sensibilisierte, junge Führungskräfte hervorzubringen. Zwar kann von Studierenden generell ein höheres Maß an Eigenverantwortung verlangt werden; das Interesse sollte aber auch durch die Bereitstellung niedrigschwelliger Angebote befördert werden. Auch für Dozenten ergeben sich zahlreiche neue Herausforderungen, bspw. durch neue bzw. verstärkt auftretende antisemitische Narrative, darunter die Gleichsetzung israelischer Politik gegenüber den Palästinensern mit Kolonialismus oder Apartheid. Ohne fundiertes Fach- und Hinter-

grundwissen wird es hier wesentlich schwieriger, Aufklärungsarbeit zu leisten. Dozenten und Lehrkräfte müssten daher nicht nur in dieser Hinsicht umfänglich geschult werden, sondern sollten auch entsprechende Materialien von staatlicher Seite gereicht bekommen. Aus der Antisemitismusforschung wie auch aus dem vorliegenden empirischen Material lassen sich Hinweise ableiten, wie dies effektiv und gewinnbringend gelingen kann. Als Beispiel seien Gedenkstättenbesuche und das damit einhergehende erhöhte Sensibilisierungspotential genannt. Ein entsprechender verpflichtender Besuch während der Schul- oder Studienzeit kann problemlos in Lehr- und Studienpläne aufgenommen werden. Eine detaillierte Darstellung bzw. Diskussion weiterer möglicher Maßnahmen würde den Rahmen dieser Forschungsarbeit sprengen; der Autor ermutigt aber andere Wissenschaftler dazu, hieran anzuknüpfen.

Zum Zeitpunkt der Fertigstellung des Forschungsprojektes ist die Relevanz von Antisemitismus an Universitäten in Deutschland mit den eingangs geschilderten Ereignissen nach dem Terrorüberfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 augenscheinlich geworden. In der öffentlich-medialen Berichterstattung überwogen Schock und Fassungslosigkeit; auch Experten zeigten sich entsetzt ob der Intensität und Brutalität der Vorfälle. Vor dem Hintergrund der Forschungsergebnisse dieser Arbeit ist leider festzustellen, dass die Vorfälle an deutschen Universitäten zwar erschreckend, aber keineswegs überraschend sind. In der vorliegenden Arbeit wurde der ‚fruchtbare Nährboden‘ beschrieben, der die gegenwärtigen Ereignisse ermöglicht. Die Ergebnisse der Forschungsarbeit verdeutlichen, dass die gegenwärtigen Vorfälle an Universitäten nicht im ‚luftleeren Raum‘ stattfanden. Vielmehr haben die Passivität der letzten Jahrzehnte und die Übergehung erfolgter Warnungen dazu geführt, an Universitäten ein Klima zu schaffen, welches diese Ausbrüche antisemitischer Vorfälle ermöglicht und zu einem gewissen Grad toleriert. Die gegenwärtigen Ereignisse halten uns einen Spiegel dafür vor Augen, was passiert, wenn Warnzeichen nicht wahr- oder ernstgenommen und ignoriert werden. Warnungen und Appellen von Vertretern der jüdischen Gemeinden und Institutionen, bspw. des Zentralrats der Juden in Deutschland, der Jüdischen Studierendenunion Deutschland oder auch der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, sollte unbedingt Beachtung geschenkt werden. Genauso dürfen alarmierende Forschungsergebnisse der Antisemitismusforschung nicht konsequent verharmlost, kleingeredet oder relativiert werden. Es gilt nun sprichwörtlich, ‚vor die Welle zu kommen‘, gegenzusteuern und Versäumnisse der letzten Jahrzehnte wieder auszugleichen. Das wird die zentrale Herausforderung

der nächsten Jahre sein und hierzu bedarf es eines klaren politischen, aber auch eines gesellschaftlichen Willens.